

Feier zum 1. Mai 2008 in Bischofszell, ab 10.45 Uhr in der Bitzihalle

Der Streik der Bauleute, der Kampf der Arbeiter in Bellinzona haben gezeigt: Der Kampf lohnt sich. Die Solidarität zahlt sich aus.

Rede von Renzo Ambrosetti, Co-Präsident Unia

Am 1. Mai geht es um Arbeitsrechte, Fairness, Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich und Solidarität. Viele Manager wollen diese Werte auf den Misthaufen der Geschichte werfen. Ihnen geht es nur um hohe Profite, exzessive Managerhonorare und um das schnelle Geld.

Gegen diese Arroganz des Kapitals stehen wir heute am 1. Mai zusammen.

Nur dank breiter Solidarität, dank dem gemeinsamen Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen haben unsere Vorgänger und wir über Jahrzehnte viele soziale Fortschritte errungen. Und darum lassen wir uns nicht in wenigen Jahren zerstören, was Generationen vor uns durch härtesten Kampf aufgebaut haben.

Der 1. Mai ist heute – national und weltweit – genauso aktuell wie vor hundert Jahren.

Die Gewerkschaften kämpfen überall auf der Welt gegen Ausbeutung und Verelendung. Der gewerkschaftliche Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und um höhere Löhne, um Lohngleichheit und anständige Renten ist auch in der Schweiz genauso aktuell wie vor hundert Jahren.

Sozialer Fortschritt - jetzt! Das ist das Motto des diesjährigen 1. Mai.

Ende dieses Jahr oder anfangs nächstes Jahr werden wir über die **AHV-Initiative** der Gewerkschaften abstimmen. Wir verlangen das flexible Rentenalter ab 62. Für alle Arbeitnehmenden.

Viele Arbeitende sind mit 60 noch fit und gesund. Doch viele sind es nicht mehr.

Wer jahrzehntelang hart gearbeitet hat, leidet oft unter Beschwerden, die ein Weiterarbeiten mühsam machen. Das betrifft nicht nur die Bauarbeiter, sondern auch die Krankenschwestern, die Briefträger oder die Verkäuferinnen oder das Reinigungspersonal.

Darum wollen wir mit unserer Volksinitiative, dass diese Menschen ab 62 eine vollen AHV-Rente erhalten, wenn sie ihre Erwerbstätigkeit aufgeben. Das ist sozial gerecht.

Die Bürgerlichen wollen das Gegenteil: Die Menschen sollen noch länger arbeiten. Die gleichen Leute, die niemanden über 50 anstellen, wollen das Rentenalter sogar auf 66 oder 67 erhöhen.

Das Parlament hat sich im März geweigert, eine sozial verträgliche Lösung für diejenigen zu finden, denen die Mittel fehlen, vorzeitig in Pension zu gehen. Sie sollen einmal mehr leer ausgehen. Eine vorzeitige Pensionierung soll – wenn es nach den Bürgerlichen geht – weiterhin Managern, Kaderleuten und anderen Privilegierten vorbehalten bleiben.

Diesem Skandal müssen wir mit unserer Volksinitiative ein Ende setzen.

Sozialer Fortschritt – jetzt! Das bedeutet: Schluss mit Hungerlöhnen!

1998 haben die Gewerkschaften die **Kampagne „Keine Löhne unter 3000 Franken“ gestartet**. Diese Kampagne ist zu einem Riesenerfolg geworden: In verschiedenen Branchen mit sehr prekären Arbeitsverhältnissen ist es gelungen, die Mindestlöhne überdurchschnittlich anzuheben.

Wir dürfen stolz sein auf das, was wir mit dieser Kampagne erreicht haben. Aber das war erst ein Anfang. Heute nach zehn Jahren müssen wir diesen Kampf um Mindestlöhne weiterführen. Darum fordern wir:

1. Keine Monatslöhne unter 3500 Franken. Noch immer verdienen 11 Prozent der Beschäftigten weniger als 3500.- pro Monat, und es sind vor allem Frauen. Darum ist unsere Forderung auch ein wichtiger Beitrag gegen die krasse Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern.
2. Viele Teilzeitbeschäftigte mit prekären Arbeitsbedingungen sind heute noch im Stundenlohn bezahlt. Die Mindestlohnkampagne muss auch ihnen helfen. Deshalb fordern wir: Kein Stundenlohn unter 20 Franken!
3. Schliesslich verlangen wir: Kein Monatslohn unter 4500 Franken für Gelernte. Seit den schlechten neunziger Jahren sind vor allem die Löhne der Gelernten stehengeblieben. Es braucht hier nun einen kräftigen Schub. Eine Lehre muss sich lohnen.

Sozialer Fortschritt – jetzt! Das bedeutet auch: Anständige Löhne für alle.

Bis 2006 ging der Aufschwung weitgehend an den Arbeitnehmenden vorbei. Mit den Lohnabschlüssen vom vergangenen Herbst haben die Lohnabhängigen mit grosser Verspätung wenigstens einen Teil davon erhalten.

Es ist und bleibt ein riesiger Skandal, dass Topmanager und Verwaltungsräte seit Jahren Spitzengagen kassieren, während die Lohnabhängigen leer ausgehen. Noch skandalöser ist, dass die gleichen Manager noch Millionen garnieren, wenn sie zurücktreten, weil sie versagt haben.

Der Gipfel der Frechheit ist der Fall von Marcel Ospel. Während dieser Topbanker in den vergangenen Jahren Honorare von insgesamt mehr als 100 Millionen kassiert hat, zahlt das Bankpersonal nun für sein miserables Risikomanagement. 8000 Arbeitsplätze sollen weltweit als Folge dieser unverantwortlichen Schlampereien der UBS abgebaut werden.

In Bellinzona haben im Industrierwerk der SBB Cargo vierhundert Beschäftigte gestreikt. Es brauchte über vier Wochen, um die SBB dazu zu zwingen, von ihren unsinnigen Abbauplänen Abstand zu nehmen und endlich an den Verhandlungstisch zu kommen, um bessere Lösungen zu finden.

Der Streik bei SBB Cargo in Bellinzona war notwendig und richtig. Die SBB wird daraus lernen, dass sie ihre soziale Verantwortung als Bundesbetrieb ernst nehmen muss. Dank der Kampfbereitschaft der Arbeiter in Bellinzona und dank der grossen Solidaritätswelle im Tessin und in anderen Teilen der Schweiz ist es gelungen, die Zerschlagung eines für den Tessin wichtigen industriellen Betriebs zu verhindern.

Das ist ein riesiger Erfolg für die Streikenden und für die Gewerkschaftsbewegung.

Auch der Kampf für den Landesmantelvertrag im Bauhauptgewerbe ist ein gewerkschaftlicher Grosserfolg.

Der Baumeisterverband hat die Bauarbeiter und die Gewerkschaft Unia mit der Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages im letzten Sommer und zahlreichen unverantwortlichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen öffentlich herausgefordert.

Wir haben während fast einem Jahr den Kampf um den Landesmantelvertrag in aller Härte geführt. Und weil uns nichts anderes übrig geblieben ist, auch mit Streikaktionen in allen Regionen des Landes.

Wir haben die Baumeister jetzt endlich dazu gezwungen, den neuen Landesmantelvertrag zu unterzeichnen. Im Interesse der Bauarbeiter, aber auch im Interesse der ganzen Wirtschaft. Vorgestern haben nun auch die Baumeister einlenken müssen.

Das ist ein Erfolg der Gewerkschaft Unia und der ganzen Gewerkschaftsbewegung.

Wir stehen in der Schweiz vor einer weiteren grossen Herausforderung. Im kommenden Frühjahr stimmen wir über die Weiterführung der **Personenfreizügigkeit** und die Ausdehnung auf die neuen Mitgliedländer der EU, Rumänien und Bulgarien, ab.

Die Personenfreizügigkeit ist eine grosse Errungenschaft, auf die wir als Gewerkschaften stolz sein können. Doch wir haben immer gesagt: Personenfreizügigkeit gibt es nur, wenn wir die nötigen Voraussetzungen schaffen, um Lohndumping zu verhindern. Deshalb haben wir immer klar gesagt: Ohne Landesmantelvertrag im Bau werden wir nicht Ja sagen können zur Abstimmung über die Personenfreizügigkeit.

Doch für unser Ja dazu braucht es ebenso den Willen der Behörden und der Arbeitgeberverbände, mit der Durchsetzung der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping tatsächlich ernst zu machen: Mit viel mehr Kontrollen und mit härteren Sanktionen bei Verstössen. Nur so können wir bereit sein, uns für den freien Personenverkehr aktiv zu engagieren.

Es gibt viele Arbeitgeber und auch Arbeitgeberorganisationen, die wollen von **Sozialpartnerschaft** nichts mehr wissen. Oder sie erwarten von den Gewerkschaften, dass sie partnerschaftlich alles einfach absegnen, was die Arbeitgeber unter dem Vorwand von Konkurrenzfähigkeit und globalem Wettbewerb einfordern: höhere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, noch mehr Flexibilisierung der Arbeit, Verzicht auf den generellen Teuerungsausgleich und auf Realloohnerhöhungen.

Sozialpartnerschaft ist nicht dazu da, dass die Gewerkschaften schweigen. Im Gegenteil: Arbeitgeber und ihre Verbände müssen wieder lernen, was Sozialpartnerschaft heisst, nämlich mittels Gesamtarbeitsverträgen und Verhandlungen die gegenseitigen Interessen auszugleichen.

Sozialpartnerschaft ist keine Einbahnstrasse für die Arbeitgeber. Darum fordern wir die Arbeitgeber und ihre Verbände auf, Sozialpartnerschaft zu respektieren und ernst zu nehmen. Schwache Lippenbekenntnisse bringen gar nichts.

Arbeitgeber sollten nicht erstaunt sein, wenn statt sozialpartnerschaftlicher Einigung auch in der Schweiz Arbeitskämpfe und Streiks zunehmend nötig werden, um die Interessen der Lohnabhängigen überhaupt noch durchsetzen zu können.

Ich staune immer wieder, wie viel die Schweizer Arbeitgeber und Schweizer Wirtschaftsverbände von **Globalisierung und globalen Herausforderungen** reden und dabei von den Gewerkschaften und den Arbeitnehmenden vor allem Verständnis und

Zurückhaltung fordern. Was Arbeitgeber umgekehrt nicht sehen wollen, dass gerade Streiks und Arbeitskämpfe europäisch und weltweit immer häufiger werden, weil der Kapitalismus die Arbeitsbedingungen weltweit massiv verschlechtert, die prekäre Arbeit rasant vorantreibt und Massenarbeitslosigkeit fördert.

Es ist ein riesiger Skandal, dass die Lebensmittelpreise in der Dritten Welt derart explodieren, dass über eine Milliarde Menschen nicht einmal mehr das Geld für ein bisschen Nahrung aufbringen können.

Die Gewerkschaften sind und bleiben die wichtigsten Organisationen für den sozialen Zusammenhalt und den sozialen Fortschritt. Unsere Stärke und unser Erfolg hängen dabei allein von unseren Mitgliedern ab.

Darum möchte ich euch alle aufrufen:

- Bleibt weiterhin in den Gewerkschaften aktiv.
- Und überzeugt eure Kollegen und Kolleginnen, mitzumachen.

Der Streik der Bauleute, der Kampf der Arbeiter in Bellinzona haben gezeigt: Der Kampf lohnt sich. Die Solidarität zahlt sich aus.

Bern, 1. Mai 2008